

Gedanken eines Sicherheitspolitischen Beauftragten im Wahljahr 2021 (von Jürgen Dreifke)

Wie schätzen wir die sicherheitspolitische Lage ein?

Die Politik muss darauf achten, dass sie nicht in der Diskussion um Pandemie und Klima versinkt und künftig von den ökonomischen und finanzpolitischen Folgen der Neuverschuldung in der Pandemie, Europapolitik, beim Kohleausstieg, Wiederaufbau der Flutgebiete und bei der Modernisierung der Infrastruktur erdrückt wird. *Das sicherheitspolitische Feld muss ungeachtet aller Handlungszwänge weiter im Fokus bleiben, ganz gleich wie die künftige Regierung zusammengesetzt sein wird. Die weltstrategische Lage gebietet große Aufmerksamkeit angesichts der wachsenden Dominanz autoritärer Systeme.* Auch die Zukunft einiger wichtiger Partner ist ungewiss. Trotz eines beeindruckenden Startes und Rückkehr der USA in die Weltpolitik unter Präsident Biden kann dessen Erfolg noch nicht als gesichert betrachtet werden. Die Rückkehr einer Administration im Geiste Donald Trumps ist nicht ausgeschlossen (Midterm-Elections). Schon im Interesse einer Stabilisierung der jetzigen US-Administration wird Deutschland seine sicherheitspolitischen Hausaufgaben für das Bündnis machen müssen. Die deutsch-französische Achse kann keineswegs als dauerhaft gesichert betrachtet werden und die Festlegung auf immens teure Projekte der militärischen Kooperation und europäischen Konsolidierung könnten sich als Flopp erweisen, wenn in Frankreich rechtsnationale Kräfte ans Ruder kommen. Die politische Stabilität der italienischen Regierungen muss weiter als fragil betrachtet werden und der britische Kurs unter Premier Johnson ist völlig ungewiss und sehr erratisch. *Mit anderen Worten: Deutschland wird seine Position und Interessen in der Welt weiterhin selbstständig wahren müssen und kann sich nicht dauerhaft auf Andere verlassen.* Das politische Europa hängt noch weit hinter den Visionen zurück. Eine europäische Armee wird es trotz aller mehr oder weniger effizienten Teilprojekte ohne eine europäische Regierung nicht geben.

Sicherheitspolitische Krisen kommen erfahrungsgemäß unerwartet und treffen uns meist schlecht vorbereitet. Viele Wahlbürger haben noch nicht begriffen, dass eine kriegerische Bedrohung mit gleicher Unerbittlichkeit wie Corona und das Katastrophenhochwasser die Defizite in der Vorsorge für den Ernstfall schonungslos mit gravierenden Folgen offenlegen würde. Die Folgen eines Scheiterns in einem realen Konflikt wären aber, anders als in anderen Politikfeldern, für lange Zeit nicht mehr revidierbar und Nachbesserungen für neue Anläufe nicht mehr möglich. Letztlich geht es dabei um Leben und Sicherheit und nicht um die Bewahrung eines lieb gewordenen gehobenen Lebensstils einer privilegierten Mehrheit. Man hat allerdings das Gefühl, dass das letztere immer noch das politische Handeln bestimmt, wenn man sich einmal die aktuellen Diskussionen um die Corona-Maßnahmen anschaut, bei denen die existentiellen Fragen um Lebensschutz und globale Pandemiebekämpfung durch das Hick-Hack um eine beschleunigte Rückkehr in den gewohnten Alltag verdrängt wurden.

Bedenklich erscheint das Fehlen einer weitsichtigen politischen Linie in Deutschland unter dem Druck der Pandemie, des Klimathemas und künftig wohl auch der Finanzpolitik, auch wenn Geld zurzeit keine Rolle zu spielen scheint. Weiterhin gilt der Satz von Willi Brandt „Ohne Frieden ist alles nichts!“ Und mehr denn je ist Verteidigungsfähigkeit die Voraussetzung für Friedensfähigkeit.

Was sind die zentralen Problemfelder?

1. Die *Eingrenzung der Erderwärmung* erfordert entschlossenes, zielgerichtetes und besonnenes Handeln ohne Einflüsterungen der diversen Meinungsgruppen und Stimmungstrends. Der Wille zum Handeln muss an die Stelle des Lamentierens und Diskutierens treten. *Wir müssen langfristig für die Zukunft über den Tag hinaus handeln*, ohne dass wir in unmittelbarer Zukunft und Wahlperioden der Gegenwart noch kurzfristige Erfolge reklamieren könnten. Kein Wahlergebnis von 2021 könnte den Ist-Zustand noch verändern.

2. Dabei muss die *ökonomische Weiterentwicklung* unbedingt sichergestellt sein, um die enormen Schuldenlasten, die Modernisierung in allen Bereichen, aber auch demographische Probleme der Alterssicherung meistern zu können. Wirtschaftliches Wachstum auch unter veränderten ökologischen Bedingungen ist Voraussetzung für den Wiederaufbau der Flutgebiete. Eine sachgerichtete Industriepolitik, die sich nicht auf einseitige Zukunftslösungen bei der Energieversorgung und Mobilität festlegt, scheint dringend geboten. Es fehlt noch die Einsicht, dass dem Abbau der schon emittierten Treibhausgase (Aufforstung, CO₂ Entnahme) und Entwicklung neuer Energieträger die gleiche Aufmerksamkeit gelten muss, wie der Vermeidung, die angesichts der gewohnten Lebensstile und begrenzten internationalen Akzeptanz des Themas in ihren Erfolg begrenzt sein wird. Da der Klimawandel schon als fortgeschritten akzeptiert werden muss, ist der Katastrophen- und

Bevölkerungsschutz und die Katastrophenvorsorge zügig auszubauen. Im Nachhinein könnte der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie als Brückentechnologie ein Fehler gewesen sein.

3. *In die Sicherheitspolitik muss wieder Realismus einkehren.* Der Paradigmenwechsel zu den Auslandseinsätzen hat sich als organisatorisches Desaster für Bundeswehr und Landes-/Bündnis-Verteidigung herausgestellt. Das Scheitern derartiger Einsätze außerhalb des europäischen Raumes wie in Afghanistan und absehbar in Mali delegitimiert die Verteidigungspolitik. Übrigens schadet es auch dem Ansehen des Westens wie sich gerade in Afghanistan zeigt. Als einziges Plus dürfte die gewachsene Einsatzerfahrung verbleiben. Deutschland wird sich nicht gänzlich aus derartigen Einsätzen verabschieden können, aber sie dürfen nicht mehr strukturbestimmend sein. Das Hauptaugenmerk gilt einem maßgeblichen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung in Europa, auch um den Amerikanern den Rücken für andere Weltgegenden freizuhalten. Frankreich und Großbritannien sind hier wegen ihrer noch durch Kolonialzeiten bestimmten globalen sicherheitspolitischen Ausrichtung und nuklearen Ambitionen nur bedingt Kooperationspartner.

Deutschland muss wieder eine stabilisierende Rolle als Landmacht in der Mitte Europas spielen und dabei Anlehnungspartner gewinnen. Dies dürfte mit Problempartnern wie Polen und Ungarn schwieriger sein als mit den Niederlanden. Unter Einschluss Tschechiens wären die genannten Staaten mit ihren demographischen Ressourcen in der Summe auf Augenhöhe mit Russland. Die Balkanpartner bieten sich eher für eine Anlehnung an Italien, Frankreich oder Spanien an. Natürlich darf Deutschland auch die Dimensionen Luft, See und neuerdings auch Cyberspace und Weltraum nicht vernachlässigen und muss den technologischen Anschluss (u.a. Künstliche Intelligenz) halten, *aber die Priorität muss bei der Dimension Land liegen.* Die Entwicklung von Konzeptionen und Ausrüstung im Sinne des verbundenen Gefechtes leichter, mittlerer und schwerer Kräfte sollte wieder ein Schwerpunkt werden.

Vor allem muss eine Fixierung auf einzelne Projekte vermieden werden. Ein künftiges 100-Milliarden-Projekt wie das künftige fliegende Waffensystem FCAS ist nur noch gesamteuropäisch unter Einschluss der Briten vertretbar. Schon bei dem Projekt der Eurodrohnen stehen Finanzaufwand und die geringen Systemzahlen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander. *Rüstungsprojekte dienen primär einer effizienten und effektiven Verteidigung, und dürfen nicht durch (Europa-)Politik und Wirtschaftsförderung bestimmt sein!* Eine Renaissance der transatlantischen Beziehungen sollte auch wieder gemeinsame Lösungen mit den USA ermöglichen. Arbeitsteilungen sollten abgestimmt und realisiert werden.

Die *Nukleare Teilhabe* ist gerade angesichts der russischen Nuklearpolitik dringend beizubehalten. Hier drängt die Zeit wegen der über den Wahltermin hinaus verschobenen Entscheidung über die Ablösung des Kampfflugzeuges Tornado. Möglicherweise könnte man eine auch für die deutsche Öffentlichkeit vertretbare Lösung durch Zertifizierung der sicher noch über zwei Jahrzehnte genutzten Eurofighter für diese Rolle anstelle der Beschaffung eines US-Modells finden. Die notwendige Zustimmung in den USA dürfte durch Kauf der ebenfalls überfälligen neuen schweren Transporthubschrauber bei Sikorsky oder Boeing leichter zu gewinnen sein. Für die Anpassung der Eurofighter an die Spezialrolle SEAD (Niederhalten der Flugabwehr) nach Ausscheiden der ECR-Tornados sollen auch schon Vorschläge des Herstellers vorliegen.

Im *Indo-Pazifik* kann sich das deutsche Engagement nur auf kleinere Beiträge zu maritimen Einsatzgruppen für die Sicherung der Seewege und Kooperation mit den natürlichen strategischen demokratischen Partnern in diesem Weltteil beschränken.

Wie soll man die sicherheitspolitische Stimmungslage in Deutschland bewerten?

Die Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Leistungen in der Pandemie und Katastrophenbewältigung könnte auf ein falsches Gleis führen, da dadurch der alte wie neue Kernauftrag „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ aus dem Blickfeld gerät. *Weiterhin wird die Bundeswehr uneingestanden nur als Mitgliedsbeitrag für das Bündnis betrachtet und die Einsatzoption in Europa für die Verteidigung verdrängt oder eigentlich nicht gewünscht.*

Die Rüstungs- und Personalprobleme sind weiterhin ungelöst. Eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wäre im Augenblick politisch nicht durchsetzbar, auch wenn eine Rückkehr zu einer aufwuchsfähigen gekaderten Streitmacht, wie sie das Modell des Heeres für neue Aufgaben in den neunziger Jahren vorsah, wieder an Aktualität gewinnen könnte. Das Heimatschutzkonzept des Freiwilligendienstes und der Landesregimenter greift viel zu kurz, da es die Quantitäten für eine flächendeckende Sicherung

nicht aufweisen kann. Die einzige Option für einen Aufwuchs besteht aktuell nur in der angestrebten Besetzung von ca. 90.000 Reservedienstposten durch die Grundbeordnung nach aktiver Dienstzeit.

Wir können unseren Blick nicht davor verschließen, dass *unsere „postheroische Gesellschaft“*, die nicht dienen will, *die Motivation der „heroischen Minderheiten“*, die von Sönke Neitzel als "tribal cultures" trefflich beschrieben wurden, *nicht an den gesellschaftlichen Rand drängen darf*. Es könnte sein, dass wir die verbliebenen „Kämpfer“ einmal dringend benötigen werden, wenn wir Probleme zu lösen haben, die eine auf Nebenthemen wie das "Gendering" fixierte, auf allumfassende Toleranz und Fürsorge sowie unverbindliche Beliebigkeit eingestimmte Gesellschaft nicht bewältigen könnte. Das schließt eine klare Kante gegenüber Extremisten in der Truppe nicht aus!!

International sind wir mir Kräften konfrontiert, die ihre militärischen und nichtmilitärischen Kräfte in allen Dimensionen möglicher Konflikte ohne Bedenken auf das Siegenkönnen optimieren, während bei uns zahllose Bedenkensträger, Lobbyisten und eine ebenso pazifistische wie hedonistische Grundstimmung eine effiziente und effektive militärische Vorsorge für ein Bestehen von Konfrontationen nicht wirklich zulassen. Begriffe wie wehrhafte Demokratie und Resilienz sind in der Umsetzung noch Fremdwörter. Im internationalen Kräftespiel sind die bei uns, zumindest in der veröffentlichten Meinung, dominanten gesinnungsethischen Denkrichtungen allerdings politisch noch ziemlich irrelevant. Nicht Worte zählen, sondern Taten. Das gilt gleichermaßen für Innen- und Außenpolitik.

Nun zu unserem Hauptanliegen: Was kann der Reservistenverband leisten?

Die oft euphorische Selbstdarstellung steht in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit. Der Verband ist überaltert, das Interesse für die Mittlerrolle, aber auch für die militärische Förderung, ist durch die Pandemie weiter zurückgegangen. *Ungeachtet des Durchschnittsalters könnte jedes Mitglied durch Teilhabe an der gesellschaftlichen Diskussion einen Beitrag zur Veränderung des Stimmungsbildes leisten.* Dazu gehören natürlich minimale Grundkenntnisse über die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die deutschen Möglichkeiten und Interessen, Strukturen und Entwicklungspotenziale der Bundeswehr. Die militärische Förderung könnte sich wieder stärker am Heimatschutz, aber auch am Selbst- und Zivilschutz orientieren. Die *neuen sozialen Medien* (Zoom, Facebook, Twitter) müssen noch sehr viel intensiver und nicht nur von den offiziellen Stellen des Verbandes genutzt werden.

Wie könnte ein Grundkatalog der Qualifikationen aussehen?

- Bei der militärischen Förderung sollte man weiterhin die *Beherrschung der aktuellen Infanteriewaffen*, die als „Ordonnanzwaffen“ jedem Soldaten zur Verfügung stehen, im Blick behalten. Außerdem bleibt das Schießen weiterhin eine wichtige Motivation.
- Die Bilder für die Gefechtsausbildung, sollten sich an den *Themen des Heimatschutzes* orientieren.
- *Körperliche Fitness* sollte weiterhin vor allem durch Märsche gefördert werden.
- Die *Selbst und Kameradenhilfe*, *erweitert um den Selbst- und Zivilschutz* nach Vorgaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, sollte verstärkt werden. Die 60 % der Mitglieder über 50 werden dadurch natürlich nur noch zum Teil angesprochen werden können, auch wenn man sich begrenzte Verwendungen im Heimatschutz noch vorstellen könnte. *Hier muss die Mittlerrolle in der Sicherheitspolitik im Vordergrund stehen.*

Was sollte ein durchschnittlicher Reservist wissen und können, um in der Kommunikation im gesellschaftlichen Alltag als Mittler bei der Meinungsbildung mitwirken zu können?

- Unsere Klientel muss sich von der Fixierung auf die Vergangenheit etwas lösen. Man sollte den *Umfang und die Grundstruktur der heutigen Streitkräfte* und ihre (begrenzte) Aufwuchsfähigkeit kennen. Das Dauerlamento über die Aussetzung der Wehrpflicht hilft nicht weiter.
- Die *Planungen des Fähigkeitsprofils für 2031* sollte man als Reservist auch öffentlich verkaufen können, selbst wenn die Realisierung mit vielen Fragezeichen versehen ist.
- Das *vielfältige Aufgabenprofil* unter Einschluss der Dimensionen Cyberspace und Weltraum sowie der Beitrag der verschiedenen Teilstreitkräfte/ Organisationsbereiche/ Waffengattungen sollte in Grundzügen bekannt sein, um auf Fragen reagieren und Verständnis fördern zu können.
- *Der Reservist sollte vermitteln können, was die einzelnen Fähigkeiten der Bundeswehr zur gesamten Sicherheit Deutschlands und des Bündnisses beitragen und inwieweit hier Defizite mit Nachhol- und Entwicklungsbedarf bestehen.*